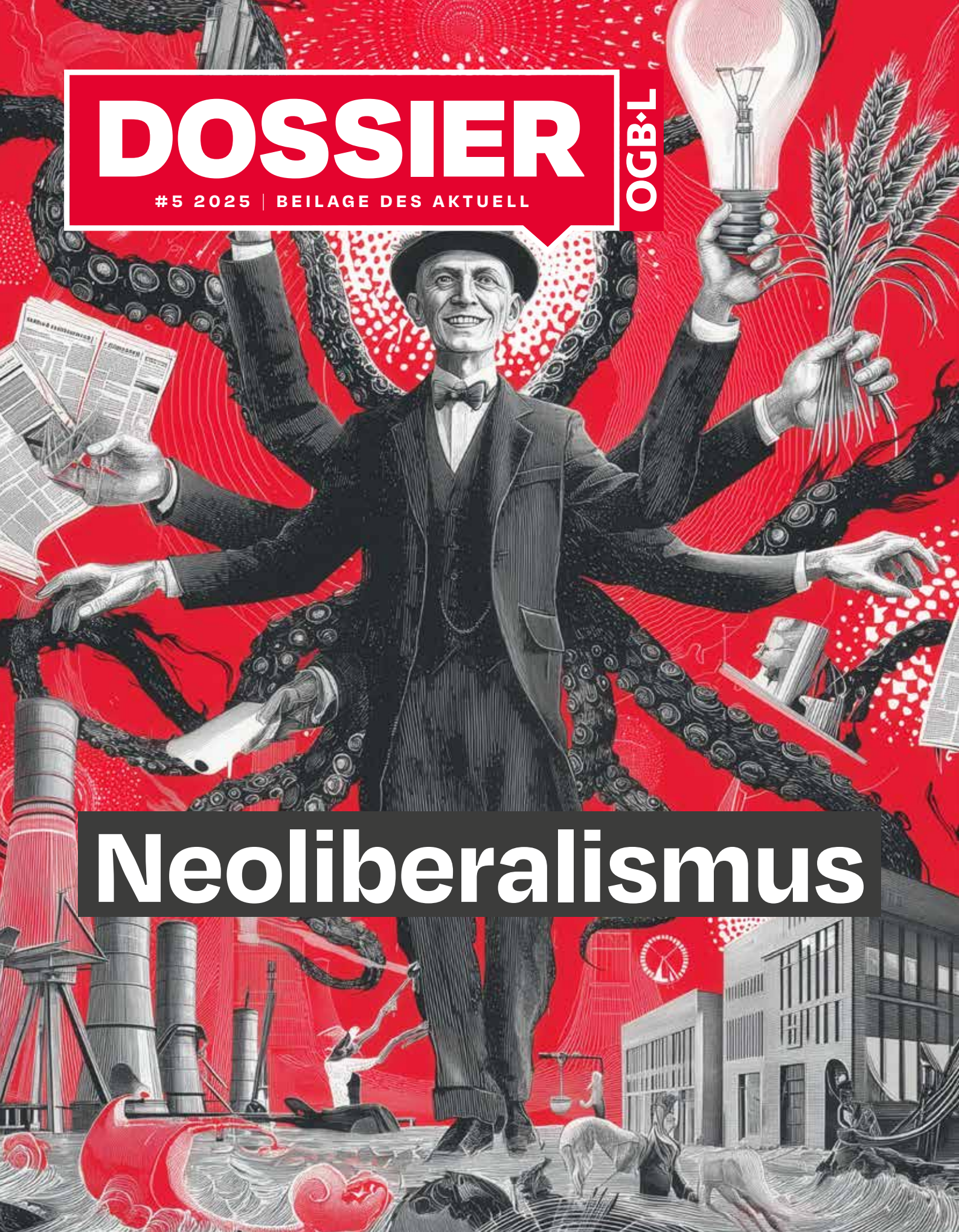


DOSSIER

#5 2025 | BEILAGE DES AKTUELL

OGBL

Neoliberalismus



O

R

F

R



Kapitalismus und (Neo-)Liberalismus

Kapitalismus:

Der Kapitalismus ist eine Produktionsweise, die auf einer Trennung zwischen denen, die die Produktionsmittel besitzen (den Arbeitgebern), und denen, die ihnen ihre Arbeitszeit verkaufen (den Arbeitnehmern), basiert.

Liberalismus/Neoliberalismus:

Sowohl der Liberalismus als auch der Neoliberalismus sind Doktrinen, die darauf abzielen, den Kapitalismus als Produktionsweise zu legitimieren und zu organisieren.

Wenn der Markt unser Leben bestimmt

Der Neoliberalismus ist weit mehr als eine Wirtschaftstheorie. Seit den 1980^{er} Jahren hat er unsere Gesellschaften, unsere Volkswirtschaften und unsere Lebensweisen tiefgreifend verändert. Oft als einfache natürliche Weiterentwicklung des Kapitalismus dargestellt, basiert er in Wirklichkeit auf einer radikalen Neugestaltung der Rolle des Staates, der sozialen Beziehungen und des politischen Gleichgewichts. Sein Einfluss reicht von der öffentlichen Politik über kulturelle Normen bis hin zu unserer Vorstellung von Arbeit, Solidarität und sogar unserem Platz in der Gesellschaft.

Der Neoliberalismus entstand nicht aus heiterem Himmel. Seine Wurzeln liegen in den Krisen des 20. Jahrhunderts, insbesondere in den 1930^{er} Jahren, als Intellektuelle wie Friedrich Hayek, Ludwig von Mises oder Walter Lippmann versuchten, den klassischen Liberalismus neu zu denken. Angesichts des Scheiterns des Laissez-faire, des Aufstiegs autoritärer Regime und der Herausforderungen durch den Keynesianismus entwickelten diese Denker eine neue Doktrin: einen Liberalismus, der staatliche Eingriffe nicht mehr ablehnt, sondern sie nutzt, um die Marktbedingungen zu sichern. Dieser Wandel, der 1938 auf dem Walter-Lippmann-Kolloquium seinen Anfang nahm, legte den Grundstein für ein Modell, in dem der Staat nicht mehr nur „Nachtwächter“ ist, sondern als Architekt

der Wirtschaftsregeln für den Schutz des Wettbewerbs und die Verhinderung von Ungleichgewichten zuständig ist.

In den folgenden Jahrzehnten wurde diese Ideologie in die Tat umgesetzt. Die wirtschaftlichen Schocks der 1970^{er} Jahre – Inflation, Arbeitslosigkeit, Krise des fordistischen Systems – boten einen fruchtbaren Boden für ihre Verbreitung. Die Regierungen von Margaret Thatcher im Vereinigten Königreich und Ronald Reagan in den Vereinigten Staaten setzten diese Ideen in Politik um: Deregulierung, Privatisierungen, Flexibilisierung der Arbeit und Abbau der sozialen Absicherung. Diese Reformen waren keine technischen Anpassungen, sondern eine Neudefinition der Prioritäten: Wettbewerbsfähigkeit und finanzielle Rentabilität wurden zu neuen Dogmen, oft auf Kosten des sozialen Zusammenhalts und der Gleichheit.

Heute ist der Neoliberalismus allgegenwärtig. Er manifestiert sich in der Finanzialisierung der Wirtschaft, wo die Märkte Unternehmen und Staaten ihre Gesetze diktieren, und in der Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistungen, wo Gesundheit, Bildung oder Renten zunehmend der Logik des Profits unterworfen sind. In Luxemburg schlägt sich diese Ideologie in einer Politik der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Infragestellung der Gewerkschaftsrechte nieder. Die der-

zeitige Regierung stellt die AAA-Bonität und die Kontrolle der öffentlichen Ausgaben über soziale Investitionen und verdeutlicht damit, dass sie der Wettbewerbsfähigkeit Vorrang vor dem kollektiven Wohlergehen einräumt.

Aber der Neoliberalismus ist kein unabwendbares Schicksal. Er ist das Ergebnis politischer Entscheidungen, und als solche können diese Entscheidungen hinterfragt werden. Die Mobilisierung vom 28. Juni 2025, bei der sich mehr als 25.000 Menschen versammelten, um unser Sozialmodell zu verteidigen, ist der Beweis dafür. An diesem Tag haben Arbeitnehmer, Grenzgänger, junge und weniger junge Menschen gezeigt, dass ein anderer Weg möglich ist, dass Solidarität und soziale Gerechtigkeit keine überholten Konzepte sind, sondern wesentliche Grundlagen einer ausgewogenen Gesellschaft.

In diesem Dossier möchten wir Ihnen einen Rückblick auf die Ursprünge des Neoliberalismus, seine Mechanismen und konkreten Folgen geben, um zu verdeutlichen, wie er unsere Volkswirtschaften und Gesellschaften geprägt hat, und um zu überlegen, wie wir ihm begegnen können und müssen.

Denn der Neoliberalismus ist kein Naturgesetz. Er ist ein historisches Konstrukt und kann als solches verändert werden.

Die Gründungsakte des Neoliberalismus

Das Walter-Lippmann-Kolloquium von 1938

Die Ursprünge des Neoliberalismus reichen bis in die 1930^{er} Jahre zurück – ein Jahrzehnt, das von einer tiefen Krise geprägt war, die die Gewissheiten des klassischen Liberalismus ins Wanken brachte. Auf wirtschaftlicher Ebene offenbarte die durch den Börsencrash von 1929 ausgelöste Weltwirtschaftskrise die Schwächen eines auf der Selbstregulierung der Märkte basierenden Systems. Massenarbeitslosigkeit, eine Welle von Insolvenzen, Verarmung der Mittelschicht: die liberalen Prinzipien, die eigentlich Wohlstand und Gleichgewicht garantieren sollten, schienen angesichts des Ausmaßes der sozialen Unruhen machtlos zu sein. Unterdessen gewannen alternative Modelle an Einfluss. Einerseits finden keynesianische Maßnahmen, die staatliche Eingriffe zur Ankurbelung der Wirtschaft befürworten, zunehmend Anklang bei Regierungen und einem Teil der Öffentlichkeit. Andererseits nutzen autoritäre Regime wie der Faschismus in Italien oder der Nationalsozialismus in Deutschland die Krise, um radikale Lösungen durchzusetzen, die wirtschaftliche Kontrolle und politische Unterdrückung miteinander verbinden. Im Osten schließlich stellt der sowjetische Kommunismus mit seinem Modell der zentralen Planung und seiner Ablehnung des Privateigentums eine große ideologische Bedrohung für die Liberalen dar, die darin eine absolute Negierung ihrer Werte sehen.

Für die Liberalen ist dies eine große Herausforderung. Ihre Doktrin, die auf dem Vertrauen in die Tugenden des Marktes und der Begrenzung der Rolle des Staates basiert, wird offen in Frage gestellt. Die Kritik wird immer lauter: Der Liberalismus hat nicht nur versäumt, die Krise zu verhindern, sondern auch die Ungleichheiten verschärft und die Gesellschaften gegenüber wirtschaftlichen Schocks geschwächt. Schlimmer noch, er scheint unfähig, konkrete Antworten auf soziale Erwartungen zu geben, und lässt damit alternativen Modellen das Feld frei.

Vor diesem Hintergrund findet vom 26. bis 30. August 1938 in Paris ein Kolloquium statt, an dem etwa zwanzig Intellektuelle – Ökonomen, Philosophen, Juristen – verschiedener Nationalitäten teilnehmen, deren erklärtes Ziel es ist, die liberale Doktrin theoretisch neu zu begründen.

Die Initiative zu diesem Kolloquium ging von einem Mann namens Louis Rougier aus. Er war ein heute etwas in Vergessenheit geratener französischer Philosoph. Louis Rougier war Professor für Philosophie in Besançon, Anhänger des logischen Positivismus, Mitglied des Wiener Kreises und Autor einer Reihe von Artikeln, in denen er eine Rückkehr zum Liberalismus auf neuer Grundlage befürwortete.

Anlass für dieses Kolloquium ist die Veröffentlichung der französischen Übersetzung des Buches von Walter Lippmann *An Inquiry into the Principles of the Good Society* (auf Französisch übersetzt mit: *La Cité Libre*) und die Anwesenheit des Autors in Paris. Walter Lippmann war ein in den Vereinigten Staaten sehr einflussreicher Intellektueller, Schriftsteller, Politikwissenschaftler, Journalist und Dozent. Das von Louis Rougier organisierte Kolloquium steht direkt unter seinem intellektuellen Einfluss und trägt auch seinen Namen (Walter-Lippmann-Kolloquium).

— Ein gescheiterter Liberalismus

Die Teilnehmer des Kolloquiums, darunter Friedrich Hayek, Ludwig von Mises, Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke und Jacques Rueff, sind sich einig: der Liberalismus ist gescheitert. Er hat nicht nur die Weltwirtschaftskrise nicht verhindern können, sondern auch den Weg für Kollektivismen aller Couleur freigemacht, vom Faschismus über den Kommunismus bis hin zum aufkommenden Keynesianismus.

Für diese Liberalen war das Problem ein doppeltes. Einerseits hatte der klassische Libe-

ralismus mit seinem Laissez-faire-Dogma zu sozialen Katastrophen und chronischer wirtschaftlicher Instabilität geführt. Andererseits waren die Alternativen – staatliche Planung, Protektionismus, Interventionismus – für die Massen attraktiv und drohten, den Liberalismus in die Vergessenheit der Geschichte zu verbannen. Das Lippmann-Kolloquium ist daher gewissermaßen sowohl ein Eingeständnis der Ohnmacht als auch ein Akt des Widerstands.

— Zwei Lager, dieselbe Dringlichkeit

Von Beginn der Debatten an standen sich zwei Lager gegenüber. Das erste, angeführt von Ludwig von Mises und Jacques Rueff – zu dem auch Friedrich Hayek gehörte, obwohl er nicht zu den sichtbarsten Akteuren des Kolloquiums zählte –, verteidigte einen orthodoxen Liberalismus, der aus der Manchester-Schule hervorgegangen war. Für sie sollte man zum reinen Laissez-faire zurückkehren, alle Hindernisse für die wirtschaftliche Freiheit beseitigen und den Markt wirken lassen. Mit anderen Worten: Sie sind der Meinung, dass die Krise, die sie durchleben, nicht die des Liberalismus ist, sondern die seines Verrats durch zu interventionistische Staaten.

Das zweite Lager ist zahlreicher und einflussreicher. Zu ihm gehören Persönlichkeiten wie Walter Lippmann, Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke oder Louis Rougier. Ihre Diagnose ist eindeutig: der klassische Liberalismus ist tot. Es muss ein „neuer Liberalismus“ erfunden werden, der in der Lage ist, Markt und Regulierung, Freiheit und soziale Ordnung in Einklang zu bringen. Sie wollen die Rolle des Staates neu überdenken. Dieser darf nicht mehr nur ein „Nachtwächter“ sein, sondern muss ein echter Architekt der wirtschaftlichen Spielregeln sein, der den Wettbewerb garantiert und den Missbrauch des ungezügelten Kapitalismus verhindert.

In diesem Zusammenhang prägte der deutsche Ökonom Alexander Rüstow den

Begriff „Neoliberalismus“. Dabei handelt es sich nicht um eine einfache Anpassung, sondern um eine radikale Umgestaltung: Der Staat muss eingreifen, nicht um zu planen, sondern um die Marktbedingungen zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Der Markt darf nicht mehr als natürlicher Mechanismus (= klassischer Liberalismus) betrachtet werden, sondern als politisches Konstrukt, das ständig durch Ungleichgewichte und Monopole bedroht ist.

— Der ideologische Bruch

Das Lippmann-Kolloquium wird somit einen bedeutenden Bruch mit dem klassischen Liberalismus vollziehen, wobei sich aus den Debatten mindestens drei grundlegende Ideen herauskristallisieren:

Der Staat muss ein aktiver Garant des Marktes sein: Im Gegensatz zu den Liberalen des 19. Jahrhunderts, die den Staat als Feind betrachteten, erkennen die Neoliberalen an, dass er eine zentrale Rolle spielen muss – nicht, um den Markt zu verdrängen, sondern um ihn zu ermöglichen. Es geht darum, den Markt zu regulieren, Monopole zu brechen und den Wettbewerb zu gewährleisten. Der Markt ist nicht mehr eine natürliche Gegebenheit, sondern ein zu schützendes Konstrukt.

Der Einzelne muss zum „Unternehmer seiner selbst“ werden: Der klassische Liberalismus stellte sich ein rationales Individuum vor, das von seinem Eigeninteresse in einem stabilen institutionellen Rahmen geleitet wird. Die Neoliberalen hingegen machen den Menschen zu einem „Unternehmer seiner selbst“, der sich ständig an die Anforderungen einer wettbewerbsorientierten Welt anpassen muss. Diese Vision, die später von Hayek oder den deutschen Ordoliberalen theoretisch untermauert wurde, kündigt bereits die allgemeine Prekarisierung und die individuelle Verantwortung für soziale Misserfolge an.

Wettbewerb als organisierendes Prinzip der Gesellschaft: Der Wettbewerb ist nicht mehr nur ein einfacher wirtschaftlicher Mechanismus. Er wird zu einem Ideal, zu einem organisierenden Prinzip der gesamten Gesellschaft. Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungen: Alles muss sich dem „Gesetz des Marktes“ unterwerfen.



↑ MONT-PÈLERIN-GESELLSCHAFT

→ WALTER LIPPMANN



Diese Ausweitung des Wettbewerbs, die als Befreiung dargestellt wird, bedeutet in Wirklichkeit eine allgemeine Unterwerfung unter die Zwänge der Rentabilität.

— Ein Konsens war unmöglich, aber der Grundstein wurde gelegt

Das Kolloquium führt zu keinem Konsens. Und seine Ambitionen scheitern schnell an der Realität. Das Internationale Studienkomitee für die Erneuerung des Liberalismus (CIELR), das gegründet wurde, um die aus den Debatten hervorgegangenen Ideen zu verbreiten, scheitert bereits 1939, hinweggefegt vom Krieg und internen Spaltungen. Hinter dem offensichtlichen Scheitern von 1938 verbirgt sich jedoch eine tiefgreifendere Umgestaltung: 1947 gründete Friedrich Hayek, der in Paris einen noch orthodoxen Liberalismus vertreten hatte, die Mont-Pèlerin-Gesellschaft. Dieses weit- aus nachhaltigere Netzwerk wurde zum

Epizentrum der weltweiten Verbreitung neoliberaler Ideen. Hayek selbst, der 1938 jegliche staatliche Intervention abgelehnt hatte, räumte schließlich ein, dass ein starker rechtlicher Rahmen notwendig sei, um den Markt zu sichern, auch wenn er den Begriff „Neoliberalismus“ bis zum Ende ablehnte und es vorzog, von „authentischem Liberalismus“ oder „klassischem Liberalismus“ zu sprechen.

Wie dem auch sei, das Walter-Lippmann-Kolloquium hatte den Grundstein für einen Liberalismus gelegt, der, um zu überleben, bereit war, sich auf den Staat zu stützen, ihn aber gleichzeitig weiter bekämpfte. Die 1938 geprägten Ideen – allgemeiner Wettbewerb, Individuum als Unternehmer, Markt als soziale Norm – wurden zu den Säulen der Politik der Deregulierung, Privatisierung und Prekarisierung, die das Ende des 20. und den Beginn des 21. Jahrhunderts prägten■

Seit den 1970^{er} Jahren hat sich der Neoliberalismus als vorherrschende Wirtschafts- und Politikdoktrin durchgesetzt und Gesellschaften, Staaten und das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit tiefgreifend verändert. Diese Entwicklung ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer bewussten Strategie, die von einer Gruppe von Denkern, einflussreichen Netzwerken und Regierungen vorangetrieben wurde, die sich auf ihre Thesen stützten, um die Rolle des Staates neu zu definieren und die Marktkräfte zu „befreien“.

Der Neoliberalismus ist nicht nur eine einfache Wirtschaftstheorie. Er ist ein globales politisches Projekt, das darauf abzielt, die Gesellschaft nach marktwirtschaftlichen Prinzipien umzugestalten. Bereits in den 1930^{er} Jahren (siehe Artikel über das Walter-Lippmann-Kolloquium) und noch stärker nach dem Krieg legten Intellektuelle, darunter die bekanntesten sicherlich Friedrich Hayek und Milton Friedman, den Grundstein für eine Gegenoffensive gegen staatlichen Interventionismus und soziale Errungenschaften. Ihr Ziel? Die Wiederherstellung der Bedingungen einer reinen Marktwirtschaft, in der der Staat die Aufgabe hat, Privateigentum, Vertragsfreiheit und Wettbewerb zu garantieren.

Diese Ideen, die nach dem Zweiten Weltkrieg noch eine Randerscheinung waren, fanden in den Krisen der 1970^{er} Jahre einen fruchtbaren Boden. Wirtschaftliche Stagnation, steigende Arbeitslosigkeit, hohe Inflation, sinkende Kapitalrentabilität und

soziale Forderungen stellten den fordistischen Kompromiss und in gewisser Weise auch den Wohlfahrtsstaat in Frage. Die Neoliberalen sahen darin eine Chance: Die Krise wurde zum Vorwand, um eine „Schocktherapie“ durchzusetzen und die wirtschaftlichen Spielregeln neu zu definieren.

Die 1980^{er} Jahre: der große Umschwung

Die 1980^{er} Jahre markieren in diesem Zusammenhang einen Wendepunkt. Mit dem Amtsantritt von Margaret Thatcher im Vereinigten Königreich und Ronald Reagan in den Vereinigten Staaten wird der Neoliberalismus von der Theorie in die Praxis umgesetzt. Die von ihnen umgesetzten politischen Maßnahmen sind radikal:

Deregulierung — Die Schlüsselbranchen (Finanzen, Energie, Transport) werden unter dem Vorwand der Effizienz für den Wettbewerb geöffnet. Die Kapitalkontrollen werden aufgehoben, wodurch die Finanzmärkte sich von nationalen Grenzen befreien können.

Privatisierungen — Öffentliche Dienstleistungen, die bis dahin als Gemeingüter galten, werden an den privaten Sektor verkauft. Wasser, Telekommunikation und Eisenbahnen werden zu Gewinnquellen für Aktionäre.

Flexibilisierung der Arbeit — Sozialschutz und Arbeitnehmerrechte werden im Namen der Wettbewerbsfähigkeit abgebaut. Massenarbeitslosigkeit wird zu einem Instrument der sozialen Disziplinierung, das Arbeitnehmer dazu zwingt, prekäre

Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Diese Reformen sind nicht nur technische Anpassungen, sondern stellen eine Offensive gegen die Arbeitswelt dar. Sie werden von einem starken ideologischen Diskurs begleitet: Der Einzelne ist für sein Schicksal selbst verantwortlich, kollektive Solidarität hemmt die Initiative, und wenn der Staat eingreift, dann muss er dies tun, um Unternehmen zu unterstützen, niemals um die Schwächsten zu schützen.

— Die 1990^{er} Jahre: Die Finanzialisierung der Wirtschaft

Ab den 1990^{er} Jahren tritt der Neoliberalismus in eine neue Phase ein: die der Finanzialisierung der Wirtschaft. Die Finanzmärkte, die von allen Zwängen befreit sind, werden zum Kern des Systems. Unternehmen werden nicht mehr nach ihrer Fähigkeit bewertet, Güter und Dienstleistungen zu produzieren, sondern nach ihrer kurzfristigen finanziellen Rentabilität. Die Aktionäre diktieren ihre Forderungen, und die Unternehmensleitungen beugen sich ihnen, oft zum Nachteil der Beschäftigung und produktiver Investitionen.

Diese Finanzialisierung geht mit einer allgemeinen Kommerzialisierung einher: Alles wird zu einer potenziellen Gewinnquelle. Renten, Gesundheit und Bildung unterliegen zunehmend den Gesetzen des Marktes. Pensionsfonds, private Versicherungen und öffentlich-private Partnerschaften nehmen zu und verwandeln soziale Rechte in Finanzprodukte um.



— Die Europäische Union: ein neoliberales Trojanisches Pferd

Die Europäische Union wird ebenfalls eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung des Neoliberalismus spielen. Seit den 1990er Jahren werden durch den Vertrag von Maastricht und später durch den Vertrag von Lissabon die Grundsätze des freien und unverfälschten Wettbewerbs, der Haushaltsstabilität und der Liberalisierung der Märkte in Stein gemeißelt. Die von den Regierungen unabhängige Europäische Zentralbank wurde zur Hüterin einer geldpolitischen Orthodoxie, die den Kampf gegen die Inflation auf Kosten von Beschäftigung und Wachstum in den Vordergrund stellte.

Die nach der Krise von 2008 auferlegten Sparmaßnahmen veranschaulichen diese Logik sehr gut: anstatt Vermögen zu besteuern oder die Finanzmärkte zu regulieren, wird die Rechnung den Völkern präsentiert. Griechenland, Spanien und Portugal werden so zu Versuchskaninchen, die Sparmaßnahmen unterworfen werden, die den öffentlichen Dienst zerstören und die Bevölkerung in prekäre Verhältnisse stürzen.



↑ RONALD REAGAN & MARGARET THATCHER

— Der Neoliberalismus heute: eine umstrittene Hegemonie?

Heute steht der Neoliberalismus unter Druck. Die Ungleichheiten waren noch nie so groß, die Finanzkrisen häufen sich und der Planet steht kurz vor dem klimatischen Zusammenbruch. Doch trotz seiner offensichtlichen Misserfolge hält sich diese Doktrin durch Anpassungen, insbesondere durch die Integration oberflächlicher ökologischer und sozialer Diskurse, um ihre Ordnung besser aufrechtzuerhalten.

Die GAFAM und die Tech-Giganten verkörpern diese neue Phase perfekt: Diese Unternehmen versprechen Innovation und Freiheit, während sie gleichzeitig eine beispiellose wirtschaftliche und politische Macht konzentrieren. Der „Plattformkapitalismus“ dehnt die Marktlogik auf alle Aspekte des Lebens aus und verwandelt jede Interaktion in eine Gewinnchance.

— Der Neoliberalismus ist kein Naturgesetz, sondern ein politisches Konstrukt.

Seit fünfzig Jahren hat der Neoliberalismus methodisch den Sozialschutz abgebaut, die Arbeitsverhältnisse prekär gemacht

und die Gesellschaften der Diktatur der Märkte unterworfen. Das war jedoch kein unabwendbares Schicksal. Diese Doktrin triumphierte nur, weil sie von entschlossenen Eliten, gefälligen – oder sogar befürwortenden – Regierungen und internationalen Institutionen getragen wurde, die sich der Religion „weniger Staat, mehr Markt“ verschrieben hatten. Aber die Geschichte endet nicht hier.

Heute sind die Schwächen des Systems offensichtlich: Die Ungleichheiten nehmen explosionsartig zu, die öffentlichen Dienste sterben aus und der Planet verbrennt unter den Auswirkungen eines grenzenlosen Produktivismus. Die Verfechter des Neoliberalismus beharren darauf und schlagen immer wieder die gleichen Rezepte vor: mehr Flexibilität, mehr Privatisierungen, mehr Sparmaßnahmen. Ihre Antwort auf die Krise besteht lediglich darin, noch eine Extraportion dessen zu verabreichen, was sie doch verursacht hat. ■



Chile, Laboratorium des Neoliberalismus

1973 verwandelt der Staatsstreich von Augusto Pinochet Chile in ein radikales Versuchslabor für den Neoliberalismus. Unter dem Einfluss der „Chicago Boys“ – Ökonomen, die an der Universität von Chicago von Milton Friedman ausgebildet worden waren – verhängt das Militärregime eine beispiellose wirtschaftliche Schocktherapie: massive Privatisierungen (Renten, Bildung, Gesundheit, öffentliche Unternehmen), Liberalisierung der Preise, brutale Öffnung für ausländisches Kapital und Abbau des Sozialschutzes.

Die Ergebnisse treten unmittelbar ein: Die Inflation, die 1973 über 600% lag, sinkt zwar 1981 auf 10%, aber die sozialen Kosten sind verheerend. Die Arbeitslosigkeit explodiert, die Ungleichheiten nehmen zu und die Armut breitet sich aus. Die Reallöhne brechen zwischen 1973 und 1980 um 40% ein. Politische Unterdrückungen – Folter, Verschleppungen, Exil – ersticken jegliche Opposition.

Dieses mit Gewalt durchgesetzte Modell wurde zu einem Vorbild für westliche Neoliberale. Margaret Thatcher reiste vor ihrer Wahl 1979 nach Chile und traf sich mit Pinochet. Sie ließ sich direkt von den chilenischen Reformen inspirieren, um ihre Politik der Privatisierungen und Deregulierungen im Vereinigten Königreich einzuleiten. In den Vereinigten Staaten wurden die chilenischen „Chicago Boys“ unter der Präsidentschaft von Reagan, der nach 1980 ähnliche Maßnahmen ergriff, ebenfalls zu gefragten Beratern in konservativen Kreisen: drastische Steuersenkungen, Finanzderegulierung und Schwächung der Gewerkschaften. ■



Angesichts der neoliberalen Linie der Regierung

Aus der Defensive herauskommen



Unter dem Deckmantel der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der administrativen Vereinfachung führt die Koalition aus CSV und DP Luxemburg zu einer ausgeprägten (neo-)liberalen Neuausrichtung. Eine politische und ideologische Ausrichtung unter dem Motto „Business first“, die Schaden anrichten könnte.

Den Arbeitsmarkt flexibilisieren, Umwelt- und Sozialstandards senken, den Anstieg der öffentlichen Ausgaben eindämmen – Luc Frieden ist gewissermaßen ein reines Produkt der Politik der 1990er Jahre. Der „Neie Luc“, den die Wahlpropaganda seiner Partei präsentierte, hatte keine lange Lebensdauer.

Denn schon bei der Fertigstellung des Koalitionsabkommens für den Zeitraum 2023–2028 wurde klar Farbe bekannt.

Schon in den ersten Zeilen dieses Koalitionsabkommens wurde der Ton angegeben: Das AAA-Rating muss um jeden Preis erhalten bleiben und die öffentlichen Ausgaben müssen kontrolliert werden. Diese doppelte Priorität spiegelt eine klare ideologische Entscheidung wider. In einem Land, dessen Staatsverschuldung nach wie vor zu den niedrigsten in Europa zählt, ist „Haushaltsdisziplin“ keine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern eine politische Haltung.

In *Das politische ABC des Luc Frieden*, das

vor den Wahlen vom Anwalt und Politiker Max Leners veröffentlicht wurde, wird der Premierminister wie folgt zitiert: „Ein Staat, der ständig Schulden macht, verliert seine Handlungsfähigkeit.“

Diese Aussage verdeutlicht die derzeitige Vorgehensweise: Der Haushaltsdisziplin wird Vorrang eingeräumt, auch wenn dies eine Bremsung der öffentlichen Investitionen zur Folge hat. Sie spiegelt auch eine ideologische Haltung wider, die neoliberalen Politikern gemeinsam ist: Öffentliche Ausgaben und insbesondere Schulden, die für jede größere öffentliche Ausgabe notwendig sind, werden als Übel angesehen, das auf ein absolutes Minimum reduziert werden muss.

Ein Staat, der Geld ausgibt, verschuldet sich; und ein Staat, der Geld ausgibt, investiert in seine öffentlichen Dienste, in seine Infrastruktur, in seine Straßen, Eisenbahnen, Schulen und Krankenhäuser. Er bezahlt seine Lehrkräfte, sein Pflegepersonal und seine Ordnungskräfte angemessen. Er unterstützt seine Industrie, investiert in den ökologischen Wandel und bereitet sich auf die Herausforderungen von morgen vor. Er stellt sich in den Dienst der Gemeinschaft, aus der er hervorgegangen ist.

In der neoliberalen Ideologie gibt es jedoch keine Gemeinschaft. „There is no such thing as society“ („Es gibt keine Gesellschaft“), sagte Margaret Thatcher, britische Premierministerin von 1979 bis 1990 und eine der wichtigsten Vertreterinnen der neoliberalen Ideologie.

In den Augen der Neoliberalen sollte der Staat höchstens dazu dienen, die grundlegendsten hoheitlichen Aufgaben zu erfüllen und einen minimalen Rahmen für den „freien Wettbewerb“ auf dem „freien Markt“ zu schaffen.

Neoliberale lehnen jede Art von Normen ab, die diesen freien Markt beeinträchtigen könnten. Dies gilt sowohl für ökologische Normen – man erinnere sich an die Reden verschiedener Vertreter der Regierung Frieden über eine „pragmatische“ und „unverbindliche“ Ökologie – als auch für die Menschenrechte – auch hier erinnert man sich an die Position der CSV-DP-Regierung zur Frage der Sorgfaltspflicht entlang der gesamten Lieferketten.

Dies gilt umso mehr für das Arbeitsrecht und die sozialen Errungenschaften. Mehrfach, insbesondere während der „Sozialrunden“, haben Luc Frieden oder auch Arbeitsminister Georges Mischo die Theorie vertreten, dass das luxemburgische Arbeitsgesetzbuch zu den am weitgehendsten in Europa gehöre. Dies entspricht übrigens nicht der Realität: So ist beispielsweise der Kündigungsschutz im luxemburgischen Arbeitsrecht schwächer als bei unseren europäischen Nachbarn.

Darüber hinaus bekunden sowohl die Koalitionsvereinbarung als auch verschiedene Äußerungen des Arbeitsministers und des

Premierministers den Willen, das Arbeitsrecht zu „modernisieren“ und insbesondere die Arbeitsorganisation „flexibler“ zu gestalten. Die bereits eingebrachten Gesetzesentwürfe, insbesondere in Bezug auf Sonntagsarbeit und Ladenöffnungszeiten, aber auch andere bereits angekündigte Reformvorhaben zeigen jedoch die wahren Absichten hinter der technokratischen Terminologie: Das Arbeitsrecht schwächen, den Arbeitgebern mehr Spielraum geben, den Schutz der Arbeitnehmer reduzieren.

In diesem Sinne ist auch der beispiellose Angriff von Georges Mischo auf die auf nationaler Ebene repräsentativen Gewerkschaften zu verstehen: Durch die Verfälschung einer europäischen Richtlinie, die darauf abzielt, die Mindestlöhne zu stärken und die Kollektivvertragsbindung zu erhöhen, mit dem Ziel, den Gewerkschaften ihre ausschließliche Rolle bei der Aushandlung und Unterzeichnung von Kollektivverträgen zu entziehen; indem er versucht, den Inhalt dieser Kollektivverträge zu schwächen und wesentliche Elemente daraus zu entfernen; indem er versucht, die Sonntagsarbeit zu liberalisieren oder eine jährliche Bezugsperiode ohne Kollektivvertrag zu ermöglichen, führt der Arbeitsminister einen bedeutenden ideologischen Angriff auf die Gewerkschaften und Kollektivverträge durch. Seine verschiedenen Fehltritte dürfen nicht über die Realität hinwegtäuschen: Es handelt sich um eine in jeder Hinsicht neoliberale Politik, die darauf abzielt, alles zu schwächen oder sogar zu zerstören, was die immer stärkere Anhäufung von Kapital bremsen könnte.

Es liegt auf der Hand, dass Gewerkschaften, die zu den letzten wirklich kollektiven Kräften in einer zunehmend individualistischen Gesellschaft zählen, bevorzugte Ziele jeder neoliberalen Regierung sind. Margaret Thatcher hatte zu ihrer Zeit eine groß angelegte Offensive gegen die britischen Gewerkschaften gestartet – leider mit Erfolg. Insbesondere die Niederlage des Bergarbeiterstreiks von 1984-1985 und die daraus resultierende Schwächung der Gewerkschaften ermöglichten es Thatcher, ihre neoliberale Politik umzusetzen – mit bis heute verheerenden Folgen.

In Luxemburg griff die Regierung Frieden

fast gleichzeitig zum Angriff auf die Verhandlungsrechte der repräsentativen Gewerkschaften auch das öffentliche und solidarische Rentensystem an – obwohl es eines der solidesten und leistungsfähigsten in Europa und weltweit ist. Auch hier zeigt sich wieder die neoliberale Matrix: Es geht nicht nur darum, ein auf Solidarität basierendes und von den Sozialpartnern gemeinsam verwaltetes System schrittweise zu zerstören, sondern auch darum, ganz allgemein die Position all jener zu schwächen, die arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Indem man Teile der Gesellschaft, die eigentlich schon längst in Rente sein sollten, auf dem Arbeitsmarkt hält, erhöht man die Zahl der Arbeitnehmer und den Wettbewerb unter ihnen und stärkt die Verhandlungsposition der Arbeitgeber.

Die neoliberale Ausrichtung der Regierung Frieden zeigt sich auch in anderen Bereichen: Sei es in der Steuerpolitik – Wettbewerbsfähigkeit steht an erster Stelle, vor allem darf es keine Vermögens- oder Kapitalsteuer geben – oder im Wohnungswesen – anstatt massiv in den sozialen Wohnungsbau zu investieren oder die Grundstücksspekulation zu regulieren, setzt die Regierung auf steuerliche Anreize für Investoren.

Dies zeigt sich erneut sehr deutlich in den jüngsten Äußerungen, insbesondere von Luc Frieden, zum Thema Gesundheitswesen. Das öffentliche und solidarische Gesundheitssystem, das über Jahrzehnte hinweg insbesondere unter starker Beteiligung der Gewerkschaften aufgebaut wurde, sei veraltet und nicht mehr an die heutigen Zeiten angepasst. Das Problem sei eine zu starke Zentralisierung. Es wurden beispielsweise Begriffe wie „Planwirtschaft“ verwendet. Dabei handelt es hier um eines der besten Gesundheitssysteme der Welt, darin sind sich die Experten einig. Aber für die Verfechter der neoliberalen Linie ist ein Gesundheitssystem, das der Mehrheit zugutekommt und nicht nur einigen privaten Investoren, störend.

Die neoliberale Ausrichtung der Regierung Frieden steht somit außer Frage. Nun gilt es, die möglichen Folgen zu ermitteln. In ganz Europa haben dieselben politischen Maßnahmen nicht nur zu einer Verschlech-

terung der öffentlichen Dienstleistungen und einer Schwächung des sozialen Gefüges geführt, sondern auch explosive soziale und politische Situationen hervorgerufen und eine ganze Reihe rechtsextremer Gruppierungen wieder an die Macht oder an den Rand der Macht gebracht.

Wenn der Schutz schwindet und die Solidarität nachlässt, gewinnen identitäre Diskurse an Boden. Tatsächlich nähren sich Neoliberalismus und Rechtspopulismus gegenseitig: Der eine zerstört kollektive Bezugspunkte, der andere verspricht, sie wiederherzustellen, indem er Sündenböcke benennt.

Die Beispiele europäischer Länder, in denen die extreme Rechte aufblühen konnte, zeigen: Je mehr die öffentlichen Dienste geschwächt werden, je mehr sich der Staat zurückzieht, je mehr die Menschen isoliert und allein osind, desto mehr gewinnen faschistische Ideen an Boden. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Krankenhäusern, die aufgrund fehlender öffentlicher Mittel schließen, Polizeistationen, die verlegt werden, Postämtern, die keine Kunden mehr empfangen, und widerwärtigen Ideologien, die an Boden gewinnen.

Wenn es keine Orte mehr gibt, an denen Menschen zusammenkommen, wenn Kneipen wegen mangelnder Rentabilität schließen, wenn es an der Ladenkasse niemanden mehr gibt, mit dem man ein paar Worte wechseln kann, wenn der Postbote keine Post mehr bringt, wenn die einzige Verbindung nach außen die sozialen Netzwerke und ihre Algorithmen sind, die vom Großkapital kontrolliert werden, das Faschismus immer der sozialen Gerechtigkeit vorziehen wird, dann sind alle Voraussetzungen gegeben, damit unsere Gesellschaften ins Wanken geraten.

In Luxemburg ist dies – noch – nicht der Fall. Zwar ist kein Land vor solchen Entwicklungen gefeit, doch sind sie auch kein unabwendbares Schicksal. Unter einer Voraussetzung: Man darf den Verfechtern des Neoliberalismus nicht nachgeben.

In diesem Sinne war die große nationale Demonstration am 28. Juni 2025, die von der Gewerkschaftsfront OGBL-LCGB organisiert



Große nationale Demonstration vom 28. Juni 2025

wurde, ein wichtiger Moment des Widerstands. Zehntausende Menschen demonstrierten gemeinsam in Luxemburg-Stadt, um für ihre Arbeitsbedingungen, die soziale Sicherheit und ihre kollektiven Rechte einzutreten. Luxemburger und Nicht-Luxemburger, Einwohner und Grenzgänger, Junge und Ältere haben gewissermaßen ihr Schicksal selbst in die Hand genommen und gemeinsam die neoliberale Agenda der Regierung Frieden abgelehnt.

Der Aktionstag hat den Regierungsplänen einen Strich durch die Rechnung gemacht und die Regierung dazu gezwungen, insbesondere ihren Angriff auf die Gewerkschaftsrechte zurückzunehmen und ihre Pläne zur Verlängerung der Arbeitszeit zu entschärfen.

Aber sie hat noch viel mehr erreicht. Sie hat gezeigt, dass es angesichts der Logik des Marktes und des triumphalen und zerstörerischen Vormarsches des Neoliberalismus zu einem kollektiven Aufbruch kommen kann. Sie hat Tausende von Menschen auf die Straße gebracht, von denen viele noch nie zuvor auf die Straße gegangen waren und die nun wissen, dass es möglich ist, gemeinsam etwas zu verändern.

Sie hat auch soziale Themen statt Identitätsfragen in den Mittelpunkt der politischen Debatte gerückt. Die politische Trennlinie verläuft nun entlang wirtschaftlicher und sozialer Fragen und nicht mehr entlang Themen wie Einwanderung oder den culture wars, wie wir sie anderswo kennen.

In dieser Hinsicht ist diese Mobilisierung bereits jetzt als historisch zu bezeichnen, wobei die mittel- und langfristigen Folgen noch nicht absehbar sind.

Er war auch das Ergebnis der gewerkschaftlichen Einheit zwischen den beiden wichtigsten Gewerkschaftsorganisationen OGBL und LCGB, die aufgrund ihrer jeweiligen politischen Zugehörigkeit historisch gesehen Gegner waren. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Gewerkschaften, die mit einer Ad-hoc-Gewerkschaftsfront begann, um den Angriff auf Kollektivverträge und Gewerkschaftsrechte abzuwehren, wurde innerhalb der Union des syndicats OGBL-LCGB formalisiert.

Sie ist die einzige gültige Antwort auf die Herausforderungen, die nicht nur von der Regierung Frieden, sondern auch von der politischen Lage in Europa und der Welt ausgehen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) entstand ebenso wie sein österreichisches Pendant ÖGB nach dem Zweiten Weltkrieg. Die deutschsprachige Arbeiterbewegung, die nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten weitgehend zerstört worden war, hatte aus ihrer historischen Niederlage zu Beginn der „Machtergreifung“ die richtigen Lehren gezogen.

Der letzte Satz des Gewerkschafters und Politikers Wilhelm Leuschner, der 1944 wegen seiner Beteiligung am Attentats- und Putschversuch von General Von Stauffenberg gegen Hitler hingerichtet wurde, „Morgen werde ich gehängt. Schafft die Einheit.“, gehört zu den Gründungsmythen des DGB.

Leuschner war zutiefst davon überzeugt, dass die Einheit der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, dass eine Einheitsgewerkschaft, möglicherweise die Machtübernahme der NSDAP hätte verhindern oder zumindest deren Folgen mildern können.

In diesem Sinne und ohne unangebrachte historische Vergleiche zwischen der aktuellen Situation und der Lage zu Beginn der 1930^{er} Jahre anstellen zu wollen, trägt die Gewerkschaftsbewegung unter allen Umständen eine enorme Verantwortung. Bis zum Beweis des Gegenteils hat die luxemburgische Gewerkschaftsbewegung ihre Verantwortung wahrgenommen. Angesichts der Lage der Welt und der drohenden Gefahren ist dies alles andere als ein Luxus.

Angesichts eines Großkapitals, das immer ungenierter wird und zu allem bereit ist, um seine Ziele zu erreichen und seine Margen zu sichern, insbesondere zu einer Allianz mit der extremen Rechten, angesichts von Regierungen, die nicht mehr zögern, die soziale Demokratie und die Gewerkschaftsfreiheiten (wie auch andere Grundrechte) frontal anzugreifen, kann sich die Gewerkschaftsbewegung den Luxus der Spaltung tatsächlich nicht mehr leisten. Über ideologische oder politische Trennlinien hinweg muss das gemeinsame Anliegen all derer, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, Vorrang vor allen anderen Überlegungen haben.

Die Gewerkschaftsbewegung ist die erste und letzte Verteidigungslinie gegen Faschis-

**Die Union des syndicats hat es geschafft,
sich ins Zentrum des politischen Geschehens zu
stellen – und nicht nur die parlamentarische
Opposition, sondern auch einen Großteil der
organisierten Zivilgesellschaft um sich zu scharen**

mus, Autoritarismus und Rechtsextremismus, wie sie es schon immer war. Der Kampf beginnt jedoch nicht mit dem Kampf gegen die extreme Rechte. Er beginnt mit dem Kampf gegen die Politik, die das Aufkommen der extremen Rechten und ihrer reaktionären Ideen ermöglicht und ein Klima schafft, das das Entstehen von Kräften begünstigt, die der Demokratie und dem Zusammenleben feindlich gegenüberstehen.

In Luxemburg wurde mit der Mobilisierung um den 28. Juni und der Eindämmung der härtesten Angriffe der Regierung Frieden ein erster Schritt getan. Aber um eine echte „soziale Brandmauer“ zu errichten, ein Ausdruck, der – in Anlehnung an die politische und mediale Brandmauer – von der OGBL-Präsidentin Nora Back verwendet wurde, muss nun in die Offensive gegangen werden.

Die Union des syndicats hat es geschafft, sich ins Zentrum des politischen Geschehens zu stellen – und nicht nur die parlamentarische Opposition, sondern auch einen Großteil der organisierten Zivilgesellschaft um sich zu scharen. Außerdem ist es ihr gelungen, die Unterstützung eines Großteils der Bevölkerung und der Wählerschaft zu gewinnen. Damit ist es ihr auch gelungen, eine Brücke zwischen der arbeitenden Bevölkerung, die kein Wahlrecht hat, und den parlamentarischen Kräften, die in erster Linie die wahlberechtigte Bevölkerung vertreten, zu schlagen.

Dadurch hat sich das Kräfteverhältnis verschoben. Die Regierung scheint uneinig, denn je, die Koalitionsparteien und vor allem die CSV liegen in den Umfragen auf einem Tiefpunkt, der politische Spielraum

für die verbleibenden drei Jahre der Amtszeit scheint sehr begrenzt zu sein.

Nun gilt es, den Versuch zu verwirklichen, indem eine konkrete und glaubwürdige Alternative zur Politik der Regierung Frieden formuliert wird – und die Zeit danach vorbereitet wird. Historisch gesehen haben luxemburgische Regierungen, die soziale Bewegungen vom Ausmaß des 28. Juni 2025 ausgelöst haben, die darauffolgenden Wahlen nie überstanden. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich diese Regel erneut bestätigen wird.

Um jedoch die neoliberale Politik und all ihre Folgen zu überwinden – insbesondere die Stärkung der extremen Rechten, die bereits in Umfragen zu beobachten ist –, muss eine soziale und politische Alternative geschaffen werden. Es gilt erneut, alle parlamentarischen und außerparlamentarischen Oppositionskräfte – und sogar jene innerhalb der Regierungsparteien – um eine gemeinsame Vision zu versammeln, die diesmal positiv und nicht defensiv ist.

Wir müssen aus der Defensive herauskommen, in die der Neoliberalismus die progressiven Kräfte seit den 1980^{er} Jahren gedrängt hat. Und dafür muss ein Gesellschaftsprojekt mit allen Kräften, die dies wünschen, aufgebaut werden. Wir müssen es wagen, die grundlegenden Fragen zu stellen. Wir müssen die Frage nach dem Wirtschaftssystem stellen, in dem wir leben wollen. Wir müssen uns gemeinsam die Frage stellen, in welchem Luxemburg wir 2030, 2050 oder sogar 2070 leben wollen. Der Anfang ist gemacht, jetzt liegt es an uns, in die Offensive zu gehen■

Kleines Glossar zum Neoliberalismus

Konzepte

TRICKLE-DOWN-EFFEKT

Dieser Effekt, auch als Trickle-down-Theorie bekannt, besagt, dass eine Politik, die die Reichsten begünstigt, langfristig der gesamten Bevölkerung zugutekommt. Das Argument lautet, dass die Reichen dann mehr konsumieren und investieren würden, was dem Wirtschaftswachstum zugutekäme und zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen beitragen würde. Jeder Oxfam-Bericht über die Verteilung des Reichtums in der Welt zeigt, dass diese Theorie nicht haltbar ist.

LAFFER-KURVE

Diese Hypothese wurde vom amerikanischen Ökonomen Arthur Laffer aufgestellt, der ausgehend von der Annahme des rationalen Wirtschaftssubjekts postuliert, dass ab einem bestimmten Wendepunkt der Kurve die Erträge einer Steuererhöhung sinken, da diese die Steuerzahler von der Arbeit abhalten (bzw. sie zur Steuerhinterziehung verleiten) würde.

HOMO OECOMICUS

Grundannahme der klassischen Wirtschaftstheorie, dass der Mensch ein rationaler Wirtschaftsakteur ist, der stets danach strebt, seine Gewinne zu maximieren, indem er die ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen bestmöglich nutzt. Dies ermöglicht die Entwicklung ausgefeilter mathematischer Modelle, auch wenn es sich dabei um eine reine Abstraktion handelt, die in der Realität nirgendwo anzutreffen ist. Das Konzept steht zudem in offensichtlichem Widerspruch zu menschlichen Gefühlen wie Liebe, Solidarität und Altruismus.

FREIHANDEL

Im Gegensatz zum Protektionismus befürworten die Anhänger des Freihandels die Abschaffung aller Hemmnisse für den internationalen Handel, seien es tarifäre (Zölle) oder nichttarifäre (Exportsubven-

tionen, technische Normen, Sozial- oder Umweltvorschriften usw.).

„LAISSEZ-FAIRE“

Gemäß dem Motto „Laissez faire, laissez passer“ der Physiokraten des 18. Jahrhunderts sind die Befürworter des „Laissez-faire“ der Ansicht, dass jede staatliche Einmischung in die Wirtschaft der wirtschaftlichen Entwicklung schadet und dass man den Markt ungehindert funktionieren lassen sollte. Die Rolle des Staates würde sich auf die eines „Nachtwächters“ (Polizei, Armee usw.) beschränken. Das Konzept erlebte seine Blütezeit während der Zeit des Manchester-Kapitalismus im 19. Jahrhundert. Der neoliberale Begriff der „Governance“ (Wirtschaftsführung, die die „Märkte“ begünstigt) bricht mit diesem Konzept.

UNSICHTBARE HAND

Ein Konzept, das im 18. Jahrhundert vom schottischen Ökonomen Adam Smith entwickelt wurde und besagt, dass Individuen, die a priori nur an ihren eigenen Gewinn denken, dabei wie von einer „unsichtbaren Hand“ dazu gebracht werden, zum Allgemeinwohl beizutragen. Ein typisches Beispiel wäre der Bäcker, der durch den Verkauf von Brot Gewinne erzielen will, aber gleichzeitig dazu beiträgt, Lebensmittel zu vertreiben und so Hungersnöte zu vermeiden.

PARETO-OPTIMUM

Das vom italienischen Ökonomen Vilfredo Pareto entwickelte Pareto-Optimum beschreibt einen Zustand des Gleichgewichts bei der Ressourcenverteilung. Jede Änderung dieses Optimums würde lediglich die Zufriedenheit bestimmter Wirtschaftsakteure verbessern, während sich die Situation anderer verschlechtern würde.

THEORIE DER ÖFFENTLICHEN WAHL („PUBLIC CHOICE“)

Diese Theorie wurde in den 1960er-Jahren von amerikanischen Ökonomen entwickelt und geht davon aus, dass Vertreter

des Staates (Regierungsmitglieder, Parlamentarier und hohe Beamte) wie alle anderen auch rationale Wirtschaftssubjekte sind und daher bestrebt sind, durch ihr politisches oder staatliches Handeln ihr eigenes Wohlergehen zu optimieren. In der Praxis wird diese Theorie vor allem dazu verwendet, den Abbau öffentlicher Dienstleistungen zu rechtfertigen und Managementpraktiken aus der Privatwirtschaft im öffentlichen Dienst einzuführen.

EFFIZIENTE MÄRKTE

Grundannahme der neoklassischen Wirtschaftstheorie, die davon ausgeht, dass die Preise auf dem freien Markt alle den Wirtschaftsakteuren zur Verfügung stehenden Informationen widerspiegeln. Aus dieser Perspektive kann jedes Marktungleichgewicht, jede Wirtschaftskrise nur die Folge von Schocks sein, die von außerhalb des Marktes kommen.

FINANZIALISIERUNG

Dieser Begriff umfasst mehrere Dimensionen, nämlich:

- 1) Die zunehmende Bedeutung der Finanzmärkte für die Gesamtwirtschaft
- 2) Die Anwendung von Prozessen und Managementmethoden des Finanzsektors in anderen Wirtschaftsbereichen, insbesondere im öffentlichen und nichtmarktwirtschaftlichen Sektor
- 3) Der zunehmende Rückgriff auf die sogenannte „Realwirtschaft“ über die Finanzmärkte

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Friedrich Hayek zufolge ist der Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ eine Illusion, ja sogar Unsinn. Hayek zufolge ist die Wirtschaftsordnung das Ergebnis unpersönlicher Kräfte und nicht menschlicher Absichten, sodass sie nicht als gerecht oder ungerecht, sondern nur als günstig oder ungünstig bezeichnet werden kann. Die Situation eines Menschen, der sich aufgrund einer Rationalisierungsmaßnahme in einer extrem prekären Lage befindet, weil er seinen Arbeitsplatz verliert, ist für Hayek die gleiche wie die Situation eines Menschen, der Opfer eines Hurrikans geworden ist. Mit anderen Worten: Es ist die unsichtbare Hand des Marktes, die die prekäre Situation verursacht, nicht die Absicht des

Arbeitgebers, der keine andere Wahl hat, als sich anzupassen.

Schulen

FREIBURGER SCHULE („ORDOLIBERALISMUS“)

Der Ordoliberalismus, der von Ökonomen und Juristen der Universität Freiburg im Breisgau entwickelt wurde, definiert die Aufgabe des Staates im Vergleich zum klassischen Liberalismus neu. Dieser hätte die Aufgabe, eine *Ordo* (Name der Zeitschrift der Schule) zu definieren, also eine normative und regulierende Ordnung, die die Entwicklung eines freien und unverfälschten Wettbewerbs ermöglicht. Seine wichtigsten Vertreter sind Walter Eucken, Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke, die diese Strömung Anfang der 1930er Jahre als Gegenbewegung zum Marxismus, aber auch zum Nationalsozialismus ins Leben riefen. Die Blütezeit des Ordoliberalismus kam nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere durch seinen Anhänger Ludwig Erhardt, der Wirtschaftsminister (1949–1963) und später Bundeskanzler (1963–1966) der Bundesrepublik Deutschland war.

ÖSTERREICHISCHE SCHULE

Wirtschaftswissenschaftliche Schule, die sich ab den 1870er Jahren in Wien im Rahmen der sogenannten „marginalistischen Revolution“ herausbildete – anstatt den Markt lediglich als Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zu betrachten, führten die Marginalisten den Begriff des Grenznutzens ein, d. h. dass der Gebrauchswert eines Produkts vom Nutzen der zuletzt konsumierten Einheit abhängt. Der von den klassischen Ökonomen (Smith, Ricardo...) vertretene Begriff des Arbeitswerts wird durch eine subjektivistische Wertvorstellung ersetzt. Dieser subjektivistische Ansatz steht im Mittelpunkt der Wirtschaftstheorie der Österreichischen Schule, die einen kategorischen methodologischen Individualismus vertritt. In diesem Sinne lehnen die „Österreicher“ (die sich seit dem Zweiten Weltkrieg eher in den Vereinigten Staaten wiederfinden) die Anwendung der Methoden der sogenannten exakten Wissenschaften auf die Wirtschaft ab, was sie von der neoklassischen Wirtschaft unterscheidet. Man kann von mehreren Generationen spre-

chen: Menger, Wieser und Böhm-Bawerk am Ende des 19. Jahrhunderts; Mises und Hayek in der Zwischenkriegszeit, dann international breiter gestreute Ökonomen wie Kirzner, Huerta de Soto oder der selbsternannte „Anarchokapitalist“ Murray Rothbard. Die „österreichische“ Strömung hat heute einen gewissen Einfluss auf die Randbereiche des Trumpismus.

CHICAGOER SCHULE (ODER „MONETARISMUS“)

Der vor allem an der Universität Chicago entwickelte Monetarismus, der insbesondere von Milton Friedman, George Stigler und Gary Becker vertreten wird, steht im Gegensatz zur Österreichischen Schule im Rahmen der neoklassischen Ökonomie. Die Chicagoer Schule entstand in den 1930er Jahren als Gegenbewegung zum Keynesianismus. Die Monetaristen vertreten insbesondere eine quantitative Geldtheorie, d. h. sie gehen davon aus, dass Inflation auf die im Umlauf befindliche Geldmenge zurückzuführen ist. Darüber hinaus interessierten sich die Ökonomen aus Chicago für den freien Wettbewerb und waren der Ansicht, dass Monopolsituationen einem Gleichgewicht in einem effizienten und rationalen Markt entsprechen können, was sie in Gegensatz zum klassischen Liberalismus bringt. Die Chicagoer Schule ist vor allem für ihre Unterstützung von Liberalisierungs- und Sparmaßnahmen bekannt, wobei sie die Natur des Regimes und die sozialen Folgen einer solchen Politik außer Acht lässt (insbesondere die berüchtigten „Chicago Boys“).

MONT-PÈLERIN-GESELLSCHAFT

Die Mont-Pèlerin-Gesellschaft wurde 1947 während eines Kolloquiums auf dem Mont Pèlerin in der französischen Schweiz gegründet und vereint Intellektuelle (Ökonomen, Juristen, Philosophen usw.) aus den drei oben genannten Strömungen, um gemeinsame Ideen und Werte wie eine freie und unverfälschte Marktwirtschaft, freien Wettbewerb, eine offene Gesellschaft und die Ablehnung des Kommunismus und des staatlichen Interventionismus zu verteidigen. Ihr erster Präsident war Friedrich Hayek.

Einige Persönlichkeiten



FRIEDRICH (VON) HAYEK 1899–1992

Hayek, Wirtschaftsprofessor in Wien und ab 1931 an der London School of Economics, gilt als einer der wichtigsten theoretischen Gegner von John Maynard Keynes in den 1930er-Jahren. 1938 nimmt er am Walter-Lippmann-Kolloquium teil, um den Liberalismus neu zu begründen. 1944, noch vor Ende des Zweiten Weltkriegs, warnte er in seinem einflussreichen Buch *Der Weg zur Knechtschaft* vor dem Wohlfahrtsstaat, der seiner Meinung nach zu einem neuen Totalitarismus führen könnte. Nach dem Krieg beschäftigte er sich immer weniger mit Wirtschaft, sondern eher mit Fragen des Rechts, der Soziologie und sogar der Biologie, wobei er die Grenzen der Erkenntnisfähigkeit des Menschen in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellte. Obwohl er die Bezeichnung „konservativ“ ablehnte (*Why I am not a conservative*, 1960), bekundete er in den letzten Jahrzehnten seines Lebens Sympathien für diktatorische Regime (Salazar, Pinochet) und schlug die Abschaffung der Zentralbanken vor, um den Wettbewerb zwischen den Währungen zu fördern. Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften 1974.

MILTON FRIEDMAN 1912–2006

Milton Friedman, seit 1946 Professor an der Universität Chicago, ist einer der bekanntesten Vertreter des Neoliberalismus nach dem Zweiten Weltkrieg. Seine monetaristischen und deregulatorischen Ideen hatten großen Einfluss auf die Regierungen Reagan in den Vereinigten Staaten und Thatcher im Vereinigten Königreich. Friedman war im Übrigen inoffizieller Berater von Präsident Reagan. Sein Besuch in Chile im Jahr 1975 führte zur Einführung einer neoliberalen Politik durch die Militärjunta unter Pinochet. Durch seine für die breite Öffentlichkeit verständlichen Bücher wie *Capitalism and Freedom* (1962), aber auch durch

seine Fernsehsendung *Free to choose* hat Friedman wahrscheinlich mehr als jeder andere Ökonom zur Popularisierung neoliberaler Ideen beigetragen. Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften 1976.



LUDWIG (VON) MISES 1881-1973

Mises war vor dem Ersten Weltkrieg Berater der Regierung und anschließend der österreichischen Handelskammer und trat 1913 in die Universität Wien ein. In der Zwischenkriegszeit wurde er vor allem durch seine theoretische Kritik an der Planwirtschaft bekannt, wie sie in der Sowjetunion umgesetzt wurde. Angesichts der Entwicklung des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus ging er 1934 ins Exil nach Genf und 1940 in die Vereinigten Staaten, wo er sein Hauptwerk *Human Action* veröffentlichte, eine echte Bibel der österreichischen Schule. Er beteiligte sich auch an den Arbeiten der Mont-Pèlerin-Gesellschaft, betrachtete seine Kollegen jedoch als „allesamt Sozialisten“. Bis heute sehr einflussreich in libertären Kreisen.

JOSEPH SCHUMPETER 1883-1950

Als heterodoxer Ökonom und kurzzeitiger österreichischer Finanzminister unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Karl Renner (1919) lässt sich Schumpeter nur schwer einer der verschiedenen liberalen Strömungen zuordnen. Dennoch hatte er durch seine Theorie der Innovation und des Unternehmertums und insbesondere durch sein Konzept der „schöpferischen Zerstörung“ einen erheblichen Einfluss auf die neoliberalen Ideen. Diese Idee basiert auf dem Grundsatz, dass sich der Kapitalismus durch das Aufkommen neuer innovativer Unternehmen regeneriert, wodurch alte Industrien, die sich nicht anpassen können oder weniger produktiv sind, vom Markt verschwinden. Der Versuch, Insolvenzen oder das Verschwinden ganzer Sektoren zu verhindern, würde der Dynamik des Kapitalismus zuwiderlaufen. Dennoch kommt

Schumpeter in seinem 1942 erschienenen Buch *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* zu dem Schluss, dass der Kapitalismus angesichts der Tendenz der Regierungen, kurzfristige Ziele gegenüber langfristigen zu bevorzugen, unweigerlich vom bürokratischen Sozialismus verdrängt werden wird – eine Entwicklung, die er natürlich bedauert.

MARGARET THATCHER 1925-2013

Als erste Premierministerin des Vereinigten Königreichs (1979-1990) verkörperte Margaret Thatcher mehr als jeder andere die neoliberale Revolution, die ab den 1970er Jahren Einzug hielt. Nach ihrem Amtsantritt leitete sie radikale Reformen ein. So senkte sie die Steuersätze für die höchsten Einkommen massiv (in mehreren Schritten von 83% auf 40), privatisierte zahlreiche staatliche Unternehmen (BP, British Telecom, British Airways, British Steel usw.) und brach die Gewerkschaftsbewegung, insbesondere im Rahmen des langen Bergarbeiterstreiks von 1984-85. Im Allgemeinen richtete sie das Vereinigte Königreich von einer Industriegesellschaft zu einer von den Finanzmärkten dominierten Wirtschaft um. Philosophisch stützte sie sich vor allem auf die Ideen von Hayek, den sie als ihren Mentor betrachtete, und ging sogar so weit zu erklären, dass „es so etwas wie Gesellschaft nicht gibt“ („There is no such thing as society“). 1990 musste sie aufgrund des Widerstands der Bevölkerung gegen die „Poll Tax“ (eine Kopfsteuer, die somit nicht progressiv ist) zurücktreten.

RONALD REAGAN 1911-2004

Reagan, Thatchers Pendant in den USA, war vor seinem Eintritt in die Politik Hollywood-Schauspieler und sogar Vorsitzender der Schauspielergewerkschaft. 1962 wechselte er von der Demokratischen zur Republikanischen Partei und wurde 1967 Gouverneur von Kalifornien. 1980 wurde er gegen den amtierenden Präsidenten Jimmy Carter zum Präsidenten gewählt. Beeinflusst insbesondere von Milton Friedman und der Chicago School, verfolgte er in der Wirtschaftspolitik eine angebotsorientierte Politik (*Supply Side Economics*), eine Geldmengensteuerung zur Senkung der Inflation und, zumindest theoretisch, eine Senkung der Bundesausgaben (tatsächlich stiegen diese während der Reagan-Ära aufgrund starker Erhöhungen des Verteidigungs-

haushalts im Kontext des Kalten Krieges stark an). Wie Thatcher senkte er die Steuern für die Wohlhabendsten massiv und verfolgte eine Politik der Privatisierung und Deregulierung der öffentlichen Dienstleistungen (die bereits teilweise unter der Carter-Regierung begonnen hatte).



AUGUSTO PINOCHET 1915-2006

Als Berufssoldat übernahm Pinochet die Führung der Militärjunta, die am 11. September 1973 den demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende stürzte. In der Folge wurde eine brutale Diktatur errichtet, die von zahlreichen Menschenrechtsverletzungen geprägt war (mindestens 3200 Tote und Verschwundene, Zehntausende verhaftete und gefolterte Oppositionelle...). Ab 1975 verfolgt Pinochet eine Politik der umfassenden Liberalisierung und beauftragt die „Chicago Boys“ (junge Ökonomen der Universität Chicago) mit der Umsetzung einer Politik, die darauf abzielt, die Inflation und das Staatsdefizit zu senken und Chile für die internationalen Märkte zu öffnen. Infolge dieser Reformen und aufgrund eines ungünstigen internationalen Kontexts brach die chilenische Wirtschaft 1982-83 zusammen. Die „Chicago Boys“ werden entlassen und Pinochet verstaatlicht alle chilenischen Banken (um sie anschließend an den Meistbietenden zu verkaufen). Die Liberalisierungspolitik wird 1984 wieder aufgenommen. 1988 verliert Pinochet ein Referendum über die Verlängerung seiner Amtszeit, was 1990 zum Ende seiner Präsidentschaft führt. Er bleibt bis 1998 Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Im selben Jahr wird Pinochet wegen seiner Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Großbritannien verhaftet, doch aufgrund seines Gesundheitszustands und seines Todes im Jahr 2006 kommt es letztendlich nie zu einem Prozess.

Ni eleng
géint
sozial
Ongerech-
tegkeet!

Gidd Member: hello.ogbl.lu

ogbl.lu — [@](#) [f](#) [X](#)

OGB•L
— D'GEWERKSCHAFT